



„Ich Sorge schon für Rohrverstopfungen!“

Zeichnung:
Martin Jahn

Länder auch durch ökonomische Diversion zu destabilisieren, wie das im Falle der VR Polen beabsichtigt war. [^] Mit ihrem Wirtschaftskrieg sind die USA vor allem darauf aus, die von den sozialistischen

Ländern praktizierte Wirtschafts- und Sozialpolitik zu sabotieren und sich in der Manier des Weltgendarms in die inneren Angelegenheiten der einzelnen Länder einzumischen.

Hochzinspolitik als handelspolitischer Knüppel

Eine der Hauptlinien des insbesondere von den USA verfolgten ökonomischen Drucks ist die Hochzinspolitik. Während zum Beispiel zu Beginn der 60er Jahre das durchschnittliche Zinsniveau für die Aufnahme handelsüblicher Kredite bei drei bis vier Prozent lag, ist es bis Anfang der 80er Jahre in Westeuropa auf etwa 15 Prozent gestiegen, in den USA sogar auf 20 Prozent. Diese extrem hohen Zinsen erschweren die an sich übliche, vorteilhafte Kreditaufnahme durch RGW-Länder, vor allem zur Finanzierung der Einkäufe von Anlagen, Ausrüstungen, Maschinen usw.

Im internationalen Handel ist es gang und gäbe, Anlagen, Ausrüstungen und Maschinen auf der Basis von längerfristigen Krediten zu kaufen. Wenn in den 60er Jahren für Anlagen mit einem Wert von einer Milliarde Valuta-Mark jährlich

etwa 30 bis 40 Millionen Valuta-Mark Zinsen zu zahlen waren, erfordert die gleiche Kreditsumme heute das Vier- bis Fünffache an Zinsen, also jährlich bis zu 200 Millionen Valuta-Mark. Hinzu kommt, daß neben anderen Faktoren auch das allgemein höhere Zinsniveau zum generellen Anstieg der Weltmarktpreise beiträgt. Demzufolge sind für Importe an Rohstoffen, Halbfabrikaten und anderen Erzeugnissen heute weit höhere Summen zu zahlen. Ungeachtet der Auswirkungen, die selbstverständlich auch die kapitalistischen Länder treffen, initiieren die USA gegenwärtig weitere Erschwernisse. Die Laufzeiten für Kredite werden rigoros verkürzt, zum Teil sind inzwischen Kreditvergaben gegenüber der Sowjetunion und der DDR überhaupt eingestellt worden. Auf dem sogenannten Wirtschaftsgipfel in Versailles im Juni

dieses Jahres, zu dem die Staats- und Regierungschefs der führenden sieben kapitalistischen Industrieländer zusammenkamen, wurde eine weitere Reduzierung der Kredite empfohlen.

Eine weitere Hauptlinie der derzeitigen imperialistischen Konfrontation auf dem Gebiet der Wirtschaft besteht darin, die Embargolisten zu erweitern und mit Hilfe eines Koordinierungsausschusses für die Ost-West-Handelspolitik (COCOM), dem die NATO-Staaten (außer Island) und Japan angehören, Lieferungen zahlreicher Güter, vor allem moderner Technologien, EDV-Anlagen, Erdgas- und Erdöl-ausrüstungen einschließlich Ersatzteilen und Produktionslizenzen, in die RGW-Staaten zu verhindern. Da die Verbündeten der USA dagegen bislang vor allem aus Konkurrenzgründen und im Interesse ihres eigenen politischen Handlungsspielraumes einen gewissen Protest anmelden, läuft eine weitere Taktik der USA darauf hinaus, laufende Lieferungen stärker zu kontrollieren.

Unter dem Vorwand der Ereignisse in der VR Polen haben sowohl die USA als auch die EG-Staaten Boykottmaßnah-